

## **Adolf Wala**

### **Notenbank**

Immer wieder wird auch derzeit über angebliche Privilegien der Nationalbank gesprochen. Begonnen hat diese Debatte in den 1980er Jahren mit dem FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider. Er und andere von Populismus beflügelte Politiker haben die Gehalts- und Pensionsregelungen allerdings immer nur stellvertretend für die Autonomie der Notenbank und die Unabhängigkeit dieser Institution in währungspolitischen Belangen angegriffen. Diese nämlich war eine außerhalb ihres Verständnisses (und auch des Verständnisses großer Teile der Bevölkerung) liegende singuläre Position, auf die man mit relativ simplen Argumenten losgehen konnte.

In der Frage der Währungsreserven und deren Bedeutung gab es keineswegs nur mit Haider, der konsequent für eine Auflösung und die Ausschüttung an den Bund (damals übrigens noch keineswegs Alleinaktionär der Notenbank) plädierte, sondern auch mit sozialdemokratischen Politikern wie Klima unterschiedliche Auffassungen.

Ich halte mir jedenfalls zugute, verhindert zu haben, dass die Währungsreserven durch eine erhöhte Gewinnabfuhr angezapft werden. Ich bin dabei aber auch immer von vernünftigen Politikern unterstützt worden, Androsch, Vranitzky und Lacina haben solche Forderungen immer abgelehnt. Wir waren da in eine vernünftige gesamt-österreichische Politik eingebettet.

Gegen Haider habe ich in meiner damaligen Funktion viele Prozesse geführt und er hat alle verloren, denn er hat immer Sachen behauptet, die einfach nicht gestimmt haben. Wenn wir dann gewonnen haben, war das den Medien Monate später allerdings bestenfalls noch eine „Randnotiz auf Seite sieben“ wert.

Vordergründiger Streitpunkt waren immer wieder die, wie bei anderen Notenbanken auch, von staatlichen Systemen unabhängigen Gehalts- und Pensionsregelungen. Zum besseren Verständnis der Lage: EZB-Präsident Draghi hat erst vor kurzem dazu einen Brief geschrieben. Darin heißt es: „Der Grundsatz der Unabhängigkeit der Zentralbanken gemäß Artikel 130 des Maastrichtvertrages verbietet es Dritten, einschließlich der Regierungen der Mitgliedstaaten, den Zentralbanken Weisungen zu erteilen.“ Das heißt, sie dürfen sich auch nicht in die Gehaltspolitik einmischen, denn der Grund, dafür, dass die Nationalbanken unabhängige Pensionssysteme hatten, war der: Man hat gesagt, man könnte über die Gehaltspolitik und die Pensionen die Notenbanken unter Druck setzen, also versuchen, sie über angeordnete Eingriffe in die Einkommen auch in geldpolitischen Fragen gefügig zu machen. Daher hat man in vielen Ländern entschieden, dass die Notenbanker nicht dem staatlichen System zur Last fallen, sondern sich „ihr Geld selbst verdienen“. Sie sind nicht im normalen Sozialversicherungssystem und die einzelnen Notenbanken können über ihr Gehalts- und Sozialversicherungssystem autonom entscheiden, mit dem Ziel, die besten Leute zu bekommen.

Die besten Mitarbeiter für exponierte Felder, wie das Treasury einer Notenbank, also die Veranlagung der Währungsreserven, aber auch für Bankenaufsicht, volkswirtschaftliche Analysen, die Vertretung in internationalen Gremien usw., bekommt man aber nur, wenn man ihnen etwas bieten kann, in Bezug auf Gehalt und soziale Absicherung. Und jede Notenbank muss bestrebt sein, immer bessere Leute zu haben als die Kommerzbanken, weil die Notenbank diese ja kontrollieren muss. Diese Experten muss man erst einmal bekommen, dann muss man sie permanent weiterbilden und schauen, dass sie nicht abgeworben werden.

## **Die Anfänge der Hartwährungspolitik**

1953 ist ein fixes Verhältnis des Schilling zum US-Dollar eingeführt worden, gleichzeitig ist Österreich dem Internationalen Währungsfonds beigetreten. Ein Dollar war damals 26 Schilling wert- Im Bretton Woods-System war der US-Dollar an das Gold gebunden, es war eine sehr stabile Situation. Mit der Internationalisierung von Warenströmen, Dienstleistungen, auch des Tourismus, erst recht aber mit der unaufhaltsamen Liberalisierung des Kapitalverkehrs hat es zunehmende Verwerfungen gegeben. Da haben sich zwei Blöcke herausgebildet: in einen Block Staaten, die etwas mehr auf konstante Kurspolitik Wert gelegt haben. An der Spitze Deutschland, die D-Mark war damals das Maß aller Dinge. Der zweite Block nahm es weniger genau mit der Inflationsentwicklung im Inland und hielt seine Konkurrenzfähigkeit im Export durch fallweise Abwertungen aufrecht. Und die US-Amerikaner mussten sich um das alles nicht kümmern und haben auf- oder abgewertet, wenn es ihnen gepasst hat.

Die US-Amerikaner unter Präsident Nixon haben 1971 das System von Bretton-Woods aufgelöst. Das hat die Währungsturbulenzen in Europa deutlich verstärkt. Wir mussten damals zur Kenntnis nehmen: Wenn die italienische Lira abgewertet worden ist – und die Italiener waren damit ja nicht heikel – dann hat das die österreichischen Exporte ganz schwer getroffen.

In den 1970er Jahren war es so, dass es für den Schilling eine Hartwährungspolitik im Sinn der späteren Formulierung noch nicht gegeben hat, man hat vielmehr, um es salopp auszudrücken, einfach versucht, am besten über die Runden zu kommen.

## **Vom „Währungskorb“ zur eigentlichen „Hartwährungspolitik“**

Es hat dann die Idee gegeben: machen wir einen Währungskorb, so ähnlich wie den Warenkorb für Inflation. Und in dem Währungskorb hat man gewichtet nach Kriterien: Wie viel exportieren wird in dieses Land? Wie viel importieren wir aus diesem Land? Dann hat Italien wieder einmal abgewertet und wir haben gesagt: dann müssen wir die Lira aus diesem Korb herausnehmen, wir machen diesen Kurs nicht mit. Dann haben die Belgier abgewertet, also haben wir den belgischen Franc auch herausgenommen. Dann haben die Franzosen abgewertet, und so weiter. Durch die Herausnahme der abgewerteten Währungen aus dem Währungskorb ist der Schilling relativ stärker geworden. Der Internationale Währungsfonds, und nicht nur dieser, hat uns gewarnt und gemeint, wir würden das nicht durchhalten. Österreich könne mit Sicherheit diese Art der Währungspolitik, also einen starken, im Wechselkurs nur an den starken Währungen orientierten Schilling nicht glaubwürdig gegenüber der Außenwelt auf Dauer durchhalten. Solche Warnungen haben denjenigen Auftrieb gegeben, die gehofft hatten durch eine weichere Wechselkurspolitik Exporte zu erleichtern. Vertreter dieser Linie kamen nicht nur (wenig überraschend) aus der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer auch Bundeskanzler Kreisky gehörte dazu. Kreisky war damals zuständig für die Verstaatlichte Industrie mit der Sektion IV im Bundeskanzleramt und es kam dadurch – und nicht nur, wie damals auch kolportiert wurde, durch gemeinsame Spaziergänge von Kreisky mit dem Industriellenvereinigungs-Präsidenten Iglar – zu einem gewissen Gleichklang der Interessen. Wir hatten damals ein strukturelles Leistungsbilanzdefizit und haben uns bemüht, dieses Defizit zu eliminieren, weil man sonst eine Hartwährungspolitik mit allen ihren langfristigen Vorteilen tatsächlich nicht hätte durchhalten können.

Mit vielerlei Maßnahmen hat man damals versucht, das strukturelle Leistungsbilanzdefizit zu reduzieren. Das war ja damals die Zeit, als wir aus Energiespargründen die Sommerzeit eingeführt haben, in den 1970er Jahren. Der autofreie Tag ist damals gekommen. Die Wirtschaft und das Budget waren wegen der deutlich gestiegenen Ölpreise ab 1974 unter Druck.

Man darf nicht vergessen: Es hat damals – 1974 - die erste Ölkrise gegeben, dann – 1980 die zweite. Das musste alles verkräftet werden. Und am Schluss dieser ganzen Übung ist herausgekommen: Hartwährungspolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn wir es zustande bringen, parallel bei den fundamentalen Wirtschaftsdaten mit der Ankerwährung Deutschland mitzuhalten. Das sind Budgetdefizit, Inflationsrate, Leistungsbilanzsaldo und Lohnstückkosten. Wir sind damals besonders wettbewerbsfähig geworden durch die zweite Komponente der Hartwährungspolitik, nämlich eine möglichst niedrige Inflationsrate, die jedenfalls nicht dauerhaft über jener des Ankerwährungslandes liegen darf. Und dafür ganz entscheidend ist die Disziplin in der Lohnpolitik:

~~Alles~~ Produktivitätszuwachs minus Inflationsrate war die Orientierungsgröße dafür, worüber für die Arbeiter und Angestellten verhandelt wurde. Darum hat auch der Gewerkschaftsbund die Hartwährungspolitik gestützt. Dadurch ist die Kaufkraft auch hoch gehalten worden. Dadurch war auch der Inlandskonsum eine große Stütze dieser Politik. Und man hat durch den Produktivitätszuwachs eine Strukturbereinigung erreicht und trotzdem die Lohnstückkosten im Griff behalten. Denn, wenn jemand seine Produkte auf Drittmärkten deswegen nicht verkauft, weil sie im Preis-/Leistungsverhältnis mit der Konkurrenz nicht mithalten können, dann scheidet er aus dem Prozess aus und muss sich überlegen, neue Produkte zu produzieren, die auch absetzbar sind. Das ist einigen Betrieben in der Verstaatlichten gelungen, das ist der Papierindustrie gelungen. Diese ist sehr konkurrenzfähig geworden und man könnte dafür noch eine Reihe weiterer Beispiele anführen.

Das heißt: Aus dem ursprünglich vielfältigen Währungskorb übriggeblieben sind die D-Mark, der niederländische Gulden und der Schilling. Der Schweizer Franken hat ja immer eine Sonderrolle gespielt. Das Ganze hat dazu geführt, dass die Produkte konkurrenzfähiger geworden sind, dass sich Firmen in den 1990er Jahren zu Weltmarktführern entwickelt haben. Und es hat dazu geführt, dass wir heute einen strukturellen Leistungsbilanzüberschuss haben.

Der für die Hartwährungspolitik zuständige damalige Finanzminister Hannes Androsch konnte zwar nicht alle seine politischen Ambitionen erreichen, aber seine währungs- und wirtschaftspolitische Konzeption hat sich durchgesetzt und es sind dann auch alle Zweifler diesem Kurs beigetreten. Der IWF hat dann seine Meinung geändert, die Industriellenvereinigung, der Wirtschaftsbund, also die ÖVP als Ganzes auch. Die führenden Köpfe dieses Kurses waren Nationalbank-Präsident Heinz Kienzl und ÖGB-Präsident Anton Benya sowie Finanzminister Androsch und der ehemalige SPÖ-Minister und Erste Vizepräsident der Nationalbank, Karl Waldbrunner.

### **Stephan Koren**

Man hat das übrigens damals gar nicht Hartwährungspolitik genannt, sondern „Stabilitätsorientierte Währungspolitik“. Das ist auch der volkswirtschaftlich richtige Terminus. Übrigens hat Stephan Koren als Nationalbankpräsident, als er 1978 das Amt angenommen hat, noch keineswegs als ein glühender Verfechter dieses Kurses gegolten und es bedurfte erst eines klärenden Gesprächs zwischen Koren, Androsch, Waldbrunner und Sallinger, aus dem Koren schließlich als überzeugter Hartwährungspolitiker heraus gekommen ist.

### **Spekulationen gegen den Schilling**

Im Herbst 1977 gab es Abflüsse von Devisenreserven in Höhe von einigen 100 Millionen Schilling. Und ausgerechnet in dieser brisanten Situation hat Bundeskanzler Kreisky in einem Zeitungsinterview gesagt „Wir werden diese Politik nicht mehr durchhalten.“ Als Marktreaktion darauf haben wir dann ein Drittel unserer Währungsreserven verloren. Das hatten ja auch die ausländischen Banker gelesen. Die haben natürlich gedacht: „wenn sogar der Bun-

deskanzler das sagt, dann wird schon etwas dahinterstecken.“ Es sind innerhalb von zwei oder drei Tagen dann weitere vier bis sechs Milliarden von den Währungsreserven abgeflossen.

Die Oesterreichische Nationalbank war natürlich vorbereitet und hat dagegegenghalten, auch mit Hilfe der anderen Banken, das Ganze ist im Sand verlaufen. Wir hatten dann noch eine zweite Spekulation gegen den Schilling 1988, ausgelöst von der CA. Plötzlich hatten wir Milliardenabflüsse, weil eine US-amerikanische Bank mit der CA gemeinsam gegen den Schilling spekulierete. Das war eine unglaublich heikle Situation mit Milliardenabflüssen täglich. Wir haben später erfahren, dass die amerikanischen Analysten die Senkung der Lohnstückkosten als Negativszenario (sic !) für die österreichische Wirtschaft missverstanden hatten. Dabei war diese Kennzahl doch eine Verbesserung. Wir haben diese Spekulation letztlich mit Hilfe unserer Filiale in den USA und einiger Banken, die uns unterstützt haben, beendet. Für die Verursacher dieser Aktion war es eine teure, aber auch für den Markt insgesamt schlussendlich eine lehrreiche Erfahrung.

Wir haben das aber sehr diskret lösen können und diese Wette gegen den Schilling ist praktisch überhaupt nicht in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Unser Vorteil: Wir hatten Devisen im Pensionsfonds, konnten diese Devisen in den Reservenbestand der Bank tauschen und nach der Spekulation wieder zurücktauschen. Das Ganze ist innerhalb einer Woche wieder zusammengebrochen - ohne dass es in der Öffentlichkeit besonders aufgefallen ist.

### **Vorbereitung auf die EU**

Österreich war damit solide in einem Währungsverbund mit den rund um die DM gruppierten Hartwährungsländern eingebunden; Alternativen, wie beispielsweise eine „Währungsschlinge“ mit Bandbreiten standen praktisch nicht mehr zur Diskussion.

Das war eine gute Voraussetzung dafür, dass wir in engem Zusammenwirken mit der Bundesregierung unter Bundeskanzler Vranitzky in der Nationalbank eine Politik des „als ob“ geführt haben. Als ob wir Mitglied der EU wären – obwohl wir noch nicht einmal das Beitrittsansuchen abgegeben hatten – und als ob diese EU eine gemeinschaftliche Währung einführen würde, damals noch eher eine Vision als ein konkreter Plan. Also ein Probelauf für einen möglichen Beitritt, an den wir geglaubt haben. Wir haben uns offensiv darauf vorbereitet. Im Gegensatz zu einigen anderen Ländern haben wir bei der Einführung des Euro dann überhaupt keine Schwierigkeiten gehabt. Auch nicht bei der Logistik: Der Banknoten- und Münztausch waren ja auch keine Kleinigkeiten. Dass zeitgerecht davor die Münze Österreich, das frühere staatliche Hauptmünzamt, eine Tochtergesellschaft der Nationalbank geworden war, und auch eine namhafte Beteiligung an der Geldservice Austria GmbH (GSA) bestand, hat zum reibungslosen Ablauf dieses Übergangs jedenfalls merklich beigetragen..

### **Positionierung der Notenbanken nach der Euro-Einführung**

Mit dem Beitritt zur EU, mit der Einführung des Euro und der Gründung der EZB haben die nationalen Notenbanken ihre starke Position zum Teil scheinbar eingebüßt. Die Geldpolitik wird von der EZB bestimmt, allerdings unter Mitwirkung der nationalen Notenbanken, auch der OeNB. Im Inland ist die früher bedeutsame warnende Stimme der Notenbankspitze in Bezug auf Leistungsbilanz und Inflation nicht mehr wirklich das Thema. (Erinnern wir uns: 1973 hatten wir acht oder neun Prozent Inflation, heute sind wir beunruhigt, wenn wir über längere Zeitspannen mehr als 1 % haben.

Die Notenbank eines kleinen Landes hatte vor allem Wechselkurspolitik betrieben, dadurch gab es keinen Spielraum für eine eigenständige Zinspolitik.

Die Leistungsbilanz hat natürlich in dieser Politik eine wichtige Rolle gespielt, weil sie die Höhe der Währungsreserven bestimmt hat. Nur mit entsprechenden Devisenreserven war die Wechselkurs-Anbindung an die D-Mark überhaupt dauerhaft möglich. Auf sie hatte die Notenbank aber auch nur indirekt über den Mechanismus stabiler Erwartungen als Grundlage einer vernünftigen Preis-/Lohnpolitik einen Einfluss.

Insofern stimmt es nur bedingt, dass die OeNB, seit die EZB das Ruder in die Hand genommen hat, in ihrer Rolle „zurückgestutzt worden“ sei, oder dass der Finanzminister an Einfluss gewonnen habe. Das gilt vielleicht für personelle Entscheidungen, in wirtschaftspolitischer Hinsicht sind die Finanzminister ebenso nur Teil der europäischen politischen Willensbildung im Europäischen Rat, wie die nationalen Notenbankgouverneure als Teil des EZB-Rats.

Die nationalen Notenbanken, auch die OeNB, haben trotz der geänderten Schwerpunkte nach wie vor noch genug wichtige Funktionen: Die Währungsreserven werden zu einem erheblichen Teil dezentral gemanagt, die Liquiditätsversorgung der Banken (und auch, wenn erforderlich, eine Liquiditätsabschöpfung) passieren auf nationaler Ebene. Auf die Vorort-Prüfung der Banken, die auch Notenbankaufgabe ist, komme ich noch zurück.

Was wir in der OeNB relativ frühzeitig erkannt hatten, war, dass es betriebswirtschaftlich natürlich schon Sinn, nicht unbedingt alles, was die Notenbank traditionell im eigenen Haus gemacht hat, unbedingt und für alle Zeiten selbst zu machen. Eine Banknotendruckerei, eine Immobilienverwaltung und auch Dienstleistungen für die Banken auf dem Gebiet der Zahlungsmittel und des Zahlungsverkehrs können nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführte Unternehmen sicherlich besser. Wenn man versucht, auf diese Art Chancen auf den Märkten wahrzunehmen, erfolgreich zu sein, muss man allerdings davon ausgehen, dass man sich damit auch Risiken einhandelt. Ich glaube aber, dass alles in allem die Firmen OeBS (Banknotendruckerei), GSA (Geldservice), Münze Österreich, Austria Card sowie IG Immobilien ihre Chancen gut genutzt und ihre Risiken in vertretbaren Grenzen gehalten haben. Dass in der medialen Darstellung natürlich nur vereinzelte Misserfolge Gegenstand ausführlicher (entrüsteter) Berichterstattung sind, während man über die Erfolge lieber hinweggeht, muss man eben zur Kenntnis nehmen.

Man sollte aber zumindest nicht ganz vergessen: In der OeNB bzw. der OeBS wurde das Design für die Scheine des Euro entworfen. Das war natürlich eine Visitenkarte für die Druckerei. Und die Münze Österreich heimst regelmäßig international höchst beachtete Preise für das Design von EURO- Gedenk- und Sammlermünzen ein. Natürlich begleitet von entsprechenden kommerziellen Erfolgen.

## **Bankwesen und Notenbank**

Wie in anderen Ländern auch war auch das österreichische Bankwesen lange Zeit stark segmentiert, streng reguliert bis hin zu Gebietsschutz, dadurch überbesetzt, übermäßig personal- und kostenintensiv. Liberalisierung, Europäisierung brachten Wettbewerb, Kampf um Marktanteile im wahrsten Sinn des Wortes „um jeden Preis“ und lautstarke Warnungen von Aufsicht und Notenbank vor Ertrags- und Kapitalschwäche.

Mit dem später sogar durch EU-Strafsanktionen geahndeten Lombard Club versuchten die Großbanken, übertriebene Wettbewerbsauswüchse einzufangen (formal war der spätere Kartellvorwurf nicht unberechtigt), de facto aber hat man sich dort getroffen, wir als Nationalbankvertreter haben eine währungspolitische Einleitung gemacht. Das waren vielleicht zehn Minuten. Dann wurde über Konditionen, über Produkte usw. geredet. Und dann hat sich niemand an die selbst gegebenen Empfehlungen gehalten. Materiell war es also ein „Club der Meineidbauern“ und nicht wirklich ein Kartell.

Mit der Erfindung der Fremdwährungskredite haben es dann zunächst die Vorreiter geschafft, ihren Kunden besonders günstige Zinskonditionen für Yen- und später insbesondere Schweizer-Frankenkredite zu bieten. Das ermöglichte Marktanteilsgewinne, mit der Konsequenz einer zunehmenden Margen- und konsequenter Weise einer Kapitalschwäche. Warnungen, insbesondere der Notenbank, vor den damit für die Kreditkunden entstehenden Risiken, weil ja dem kurzfristigen Zinsvorteil später massive Wechselkursverluste gegenüberstehen könnten, und Befürchtungen, dass sich daraus ein Ansteigen der notleidenden Kredite ergeben könnten, wurden kleingeredet und die Warner wurden bestenfalls milde belächelt. Und ein Verbot laut anzudenken, war überhaupt eine Sünde wider den Geist der Kapitalverkehrsliberalisierung.

Wirklich brisant wurden diese Risiken, als man das Instrument der Fremdwährungskredite als „Einstiegsdroge“ in die neu geöffneten osteuropäischen Länder exportierte. Dass die Risiken bei den dortigen schwachen nationalen Währungen und den niedrigeren Einkommen der meisten Kreditnehmer noch weitaus höher waren, als im Heimatmarkt, wurde ignoriert. Dieses Risiko hat sich in den Nachbarländern dann tatsächlich als ein noch ungleich höheres erwiesen, worunter die hiesigen Banken und die dortigen Kreditnehmer heute noch leiden.

Die neuen Märkte in den Nachbarländern – vielfach als „erweiterter Heimatmarkt“ gesehen – brachten einen steilen Aufstieg, von dessen Gipfel der Absturz auf jenes Niveau, das wahrscheinlich als vernünftiges Normalniveau übrigbleiben wird, die meisten Banken viel Geld gekostet hat.

Manche, für die ein solches Expansionsstreben nicht machbar erschien, suchten in Subprime-Märkten, Derivatprodukten (CDS) etc. ihr trügerisches Goldgräberglück. Die Ergebnisse sind bekannt.

Warum haben Notenbank und Aufsichtsbehörde zu wenig eingegriffen? Aufsicht ist immer eine Gratwanderung: Eine Untersagung führt zu einer Klage wegen Geschäftsschädigung eine Nichtuntersagung bei schlechtem Ausgang zu einer Amtshaftungsklage

In Österreich werden die behördlichen Funktionen der Bankenaufsicht, die Wertpapieraufsicht und die Versicherungsaufsicht von der FMA wahrgenommen. Bankaufsichtliche Vor-Ort-Prüfungen bei Banken und das bankaufsichtliche Meldewesen sind bei der Notenbank angesiedelt.

Ob diese Aufteilung vernünftig ist? Ich war von vornherein nicht begeistert von dieser Lösung und hatte diesbezüglich durchaus Konflikte mit dem damaligen Finanzminister Grasser. Ich war der Meinung, dass ein, wie damals durchaus funktionierendes System nicht durch ein anderes ersetzt werden muss. Die Nationalbank hat ja mit nur rd. 40 Mitarbeitern gemeinsam mit dem Finanzministerium mit noch weniger dafür eingesetzten Beamten dasselbe schon vorher gemacht wie die FMA und die OeNB heute gemeinsam.

Man muss aber fairerweise dazu sagen: Die Banken haben bis in die 1980er Jahre natürlich nicht die komplexen Produkte gehabt, wie heute. Wir hatten relativ einfach strukturierte Banken gehabt, die in der Regel Einlagen entgegengenommen und Kredite vergeben haben. Als die Innovationen bis hin zur heutigen Vielfalt derivativer Produkte gekommen sind, ist das alles viel schwieriger nachzuvollziehen und zu regulieren geworden. Heute hat die FMA 400 Mitarbeiter die Nationalbank hat für die Bankenprüfung 200 Mitarbeiter, dazu kommt heute noch die EZB.

Die heutige tragende Rolle der EZB in der Europäischen Bankenaufsicht nehme ich schon als einen Hinweis darauf, dass ich mit meiner Auffassung zur Funktion der OeNB in der heimischen Bankenaufsicht zumindest nicht völlig falsch gelegen sein dürfte.

